

Postulat SP / Junge Grüne / Grüne

Städte setzen ein solidarisches Zeichen – Direktaufnahme von Geflüchteten jetzt!

Christian Roth (SP), Elena Ackermann (Junge Grüne), Markus Willi (SP)

Dieses Postulat wird in folgenden Gemeinden eingereicht: Bern, Biel, Burgdorf, Köniz, Thun

Antrag

1. Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen - gemäss dem Vorgehen der Stadt Zürich -, das Aufnahmekontingent von geflüchteten Menschen zu erhöhen. Er sorgt dabei nach Möglichkeit für die Einhaltung der Priorität „oberirdische vor unterirdischer Unterbringung“.
2. Der Gemeinderat wird gebeten, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden von Bund und Kantonen zu prüfen, wie vertriebene Menschen direkt aus Lagern für Geflüchtete aufgenommen werden können.

Begründung

Durch kriegerische Auseinandersetzungen sind Millionen von Menschen auf der Flucht, so viele wie noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg. Etwa die Hälfte davon sind Frauen und Kinder. Nur ein kleiner Teil dieser Vertriebenen gelangt nach Europa, der allergrösste Teil sind Binnenflüchtlinge oder sie suchen in angrenzenden Staaten Schutz vor Krieg, Verfolgung und Armut. Der Umgang der meisten europäischen Regierungen mit der verhältnismässig geringen Zahl von in Europa Zuflucht suchenden Menschen ist beschämend und verletzt die menschenrechtlichen Grundwerte.

Dass es auch anders geht, zeigt die Stadt Zürich: Seit anfangs Jahr verstärkt sie ihr Engagement für Geflüchtete und ist bereit, zusätzlich 1'000 Schutzsuchende aufzunehmen. Sie fordert andere Gemeinden auf, es ihr gleich zu tun. Noch weiter geht die Stadt Barcelona. Angesichts der Untätigkeit und fehlender Antworten europäischer Staaten in Bezug auf die humanitäre Notlage der Geflüchteten hat die Stadt Barcelona eine Zusammenarbeit mit Lesbos (Griechenland) und Lampedusa (Italien) vereinbart. Sie hat damit den beiden Inseln im Mittelmeer, auf denen in den letzten Jahren mehr Geflüchtete angekommen sind als anderswo, ihre volle Unterstützung zugesagt. Im vergangenen September hatte Barcelona angesichts der dramatischen Lage, die durch die anhaltende Fluchtbewegung aus Ländern wie Syrien, Afghanistan, Eritrea und Irak entstanden war, den Plan „Barcelona – Stadt der Zuflucht“ ins Leben gerufen. Dieser Plan sieht unter anderem vor, Menschen direkt aus den Partnerstädten an den europäischen Aussengrenzen aufzunehmen.

Köniz als viertgrösste Berner Gemeinde ist eine wichtige Playerin, wenn es darum geht, dem Kanton weitere Unterbringungsplätze für Asylsuchende anzubieten. Die Forderung, welche in den grossen Berner Städten und Gemeinden in den Parlamenten gemeinsam eingegeben wird, lautet daher dahingehend, das jeweilige Kontingent um 0,25% der EinwohnerInnen, in Köniz also um 100 Unterbringungsplätze aufzustocken. Dies ist auch in Köniz machbar. Denn Köniz hat Erfahrung auch mit weit höheren Zahlen von Asylsuchenden als heute. Dabei sind – wenn möglich - oberirdische Beherbergungsmöglichkeiten vorzuziehen, damit genügend Tageslicht vorhanden ist. Dies ist für eine menschliche Unterbringung der Schutzsuchenden von grosser Bedeutung.

in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden von Bund und Kantonen soll zudem geprüft werden, ob eine Direktaufnahme von (besonders verletzlichen) Personen aus Lagern für Geflüchtete rund um das Mittelmeer und im angrenzenden Raum, beispielsweise aus der Türkei,

Syrien, Somalia, Sudan oder Libyen möglich ist. Somit bliebe den Geflüchteten die gefährliche und leider allzu oft todbringende Reise durch die Wüste und über das Meer erspart. Ähnliches wurde vom Staatssekretariat für Migration (SEM) bereits vor einem Jahr beschlossen, doch die angekündigte Aufnahme von 3'000 besonders schutzbedürftigen Menschen kommt nur langsam voran; bis März diesen Jahres wurden lediglich 357 Personen aufgenommen.

Es ist höchste Zeit, dass sich die Städte und grossen Gemeinden konsequent mutig und menschlich zeigen. Der Spielraum ist da, die Bereitschaft der Bevölkerung zu helfen ebenso. Das zeigt z.B. die hohe Anzahl an freiwilligen Helfenden in den Asylunterkünften (Renferhaus Zieglerspital, Bern und in Niederscherli).

Köniz, 20. Juni 2016